

Dresdner Volkszeitung

Postfachloko: Dresden,
Kaden & Comp., Nr. 1205.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleihloko: Geb. Arnolds, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amthauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land.

Gesamtpreis einschließlich Bezugserlöhn monatlich 200,- M., durch die Post
bezogen monatlich 200,- M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
240,- M., Einzelnummer 8,- M., Sonnabendnummer 10,- M.
Telegramm-Adress: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitungsviertel 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstellen: Zeitungsviertel 10, Tel. 25261.
Geschäftsstelle von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die beigekommene Nonpareilzeitung 25,- M., die 3 getrennte
Zeitung 90,- M., Ausland 100 und 200 M. Bei internationaler Aufgabe
Erhöhung. Familienangebote, Sellen und Weingeschenke 25 Prog. Rabatt.
Ohne Verpfändung, zur Auszahlung an bestimmten Tagen. Für Betriebsförderung, 8 M.

Nr. 251

Dresden, Donnerstag den 26. Oktober 1922

33. Jahrg.

Gegen die Wirtschaftsanarchie!

Die Forderungen der Sozialdemokratie — Erfassung der Nahrungsmittel — Verschärfung der Devisenkontrolle
Eine werbeständige Anlage — Gegen die Kuruseinführung

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Fraktion mit der Reichsregierung über Maßnahmen, die geeignet sind, den fortwährenden Währungsverfall einzudämmen, sind am Mittwoch fortgesetzt worden. Als Grundlage für diese Verhandlungen dienen die Beschlüsse, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Dienstag in einer mehrstündigen Sitzung gefasst hat.

Die wichtigste Voraussetzung für die Herbeiführung einer Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse ist noch unserer Meinung eine planmäßige Aktion zugunsten der Stützung der Mark. Zu diesem Zweck ist ein Devisenfonds bereitzustellen, der ausreicht, um den tatsächlichen Bedarf der deutschen Wirtschaft nach fremden Zahlungsmitteln innerhalb der drei nächsten Monate zu befriedigen. Dafür ist auch der Goldbestand der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, der somit am besten in der Welt schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis den Interessen des deutschen Volkes nutzbar gemacht werden kann.

Die sozialdemokratische Fraktion ist selbstverständlich für die Aufrechterhaltung der Devisenordnung. Der mit ihr beabsichtigte Zweck ist leider nur deshalb nicht vollständig erreicht worden, weil von einer einzelnen Maßnahme, und noch dazu von einer negativen, nie ein voller Erfolg zu erwarten war. Deshalb waren auch zu ihrer Ergänzung unterdrückte Maßnahmen vorgeschlagen. Sie fanden aber bei den einzelnen Föderaten so starken Widerstand, daß sie nicht durchgeführt wurden und somit auch den Erfolg der Devisenordnung gefährdeten.

Dem weiteren Fall der Mark kann aber nur Einhalt getan werden, wenn mit der Durchführung der Stützungsaktion auch die Devisenkontrolle verschärft wird. Es kann nicht bestritten werden, daß der private Devisenhandel zur wildesten Spekulation geführt hat. Diese Spekulation muß unterbrochen werden, weil sie das Lebensinteresse der breiten Masse, die Erhaltung der Kaufkraft der Mark, gefährdet. Das kann nur dadurch geschehen, daß Devisen ausschließlich von der Reichsbank (eventuell in Verbindung mit dem von ihr zu bildenden Stützungskonföderation), und zwar nur für Importzwecke und zur Erfüllung ausländischer Zahlungspflichten abgegeben werden.

Anderseits muß den eine werbeständige Anlage ihrer flüssigen Geldmittel juckenden Kapitalbesitzer Gelegenheit gegeben werden, ohne in fremde Devizes flüchten zu müssen. Ihre Kapitalien gegen Entwertung zu sichern. Als wirksame positive Maßnahme ist deshalb die Ausgabe einer werbeständigen Anleihe durch die Reichsbank zu verlangen. Um auch die kleinen Sparer gegen die Geldentwertung zu schützen, müßte den Sparfassen die Erlaubnis gegeben werden, Sparzettel in Goldrechnung zu übernehmen. Der Ertrag dieser Goldanleihe muß der Reichsbank insbesondere zur Stärkung der notwendigen Stützungsaktion für die Mark zur Verfügung gestellt werden.

Neben diesen eigentlich währungspositiven sind aber auch finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen notwendig. In diesem Zusammenhang verlangt die Fraktion immer wieder, daß die Steuereinzahlung beschleunigt und die Geldentwertung zu Lasten der Steuerpflichtigen erfolgt, wie sich das durch die Praxis ganz von selbst beim Vohnabzug ergibt. Um hier der Bevorzugung der Besitzenden ein Ende zu machen, müssen die Steuern in Höhe des Kurswertes der Mark zur Zeit der Veranlagung erhoben werden.

Wirtschaftspolitisch muß durch die Hemmung der Luxus-einfuhr durch Zoll erhöhung, in besonderen Fällen auch auf dem Wege des Verbots eine Rettung unserer Handels- und Zahlungsbilanz erfolgen. In dieser Zeit der Not darf auch unter keinen Umständen zugelassen werden, daß Kartoffeln und Getreide zur Erzeugung von Trinkbrannwein verbraucht werden. Ebenso ist ein Verbot der Verwendung von eingeschöpftem Mais zu Brennerezwecken streng durchzu führen.

Bei dem lebigen Stand des Dollars ist es dem Reich fast unmöglich gemacht, Nahrungsmittel zur Aufrechterhaltung der Volksnährung einzuführen. Das hat die Fraktion bereits veranlaßt, im Reichstag einen Antrag auf vollständige Erfassung der wichtigsten Nahrungsmittel zu stellen. Dieser Antrag ist am Montag abgelehnt worden. Die Fraktion wird trotzdem diese Forderung erneut auch der Regierung gegenüber vertreten, weil sie der Überzeugung ist, daß der „Segen der freien Wirtschaft“ zur Aushungierung der breitesten Schichten des deutschen Volkes führen muß.

Die sozialdemokratische Fraktion ist sich vollständig klar, daß eine endgültige Ordnung unserer Finanzen und Gesundung unserer Wirtschaft nur herbeigeführt werden kann, wenn die Verhandlungen mit der Reparationskommission an einem für beide Parteien

Deutschland günstigen Abschluß führen. Sie weiß, daß die deutsche Wirtschaft insbesondere durch die gestiegerten Kohlenlieferungen an die Entente unerträglich belastet wird und daß die Passivität unserer Handelsbilanz für die Wirtschaft beeinflußt ist durch die starke Einfuhr ausländischer Kohlen.

Die derzeitige wirtschaftliche und finanzielle Situation des deutschen Volles verpflichtet die deutsche Regierung und die Parteien, von sich aus alles zu versuchen, was den weiteren Verfall der Mark aufhalten kann. Wenn eine endgültige Lösung dieser schwierigen Probleme auch ohne Hilfe des Auslandes nicht erfolgen kann, so werden doch alle diejenigen, die uns helfen wollen, fragen, was denn von uns aus geschehen ist, um Besserung zu schaffen.

Die Verhandlungen mit der Regierung, die noch nicht beendet wurden, sollen am Donnerstag in Besprechungen mit den Parteiführern fortgesetzt werden. Je nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird zu entscheiden sein, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch während der Ferien zusammenzutreffen wird, um ihrerseits die sich aus der Lage ergebenden Schritte zu beschließen.

Die Sozialdemokratische Partei hat mit aller Kraft den Kampf gegen das Währungsselbst ausgenommen, das so schwer auf den Massen lastet. Die bürgerlichen Parteien sträuben sich mit Händen und Füßen gegen die zur Festigung

bestehenden Regierungsverhältnisse unvermeidlich werden. Ist das Parteitum? Ist es Parteitum, wenn die Sozialdemokratie für das Volk eintritt und positive Maßnahmen fordert, oder ist es Parteitum, wenn, wie die bürgerlichen Parteien das bis heute getan haben, alles gegen die Not des Volles unterlassen wird, das eifrig für die Interessen derjenigen Partei eintritt, die durch positive Maßnahmen um ihre Spekulationsgewinne gebracht werden?

Diejenigen, die uns heute vorwirken, die Momente vorwerfen, könnten dem Volle einen Dienst erweisen, wenn sie sich ernsthaft mit den Forderungen der Sozialdemokratie, die in ihrer Tendenz bekannt sind, beschäftigen und sie in Erwägung ziehen. Kein, eigener Schritte und Wege anstreben würden. Das würde dem Volle sicherlich wertvoller sein, als der Vorwurf der Parteitum, gegen die Sozialdemokratie von Leuten, die sich seit Monaten ausschließlich von parteitümlichen Momenten leiten lassen.

Die Spirituskrise

Die Genossen Eggersdörfer und Puschl haben an die Reichsregierung gegen kleine Anfrage gerichtet:

Deutschland braucht für gewerbliche, insbesondere technische Zwecke, rund 1½ Millionen Kartoffeler Spiritus. Da die Kartoffelproduktion zur Sicherung der Kartoffelversorgung eingeschränkt bleiben müßten und der größte Teil der Maisbrennereien trotz der Einfuhr von rund 8 Millionen Doppelgängern Mais in den Monaten Juni, Juli und August aus Spekulationsgründen den Vertrieb stillgelegt hat, herrscht eine große Spirituskrise. Der Verlust an gewerblichem Spiritus kann jetzt nur noch mit großen Schwierigkeiten gedeckt werden.

Der Reichsregierung bekannt, daß noch große Mengen Sulfatstabilisator der Zellstofffabriken, aus denen noch mindestens 300 000 Kartoffeler Spiritus gewonnen werden können, unausgängig in die Flasche geleitet werden?

Mit verhältnismäßig geringen Aufwendungen könnten schon in der ältesten Zeit mindestens 60 000 Kartoffeler gewerblicher Spiritus davon erfasst werden. Diese 60 000 Kartoffeler würden bei dem jetzigen Preis von 12 600 M. pro Kartoffeler Maisaliquotius 768 Millionen Mark kosten. Dieselbe Menge aus Mais gewonnen, würde bei dem jetzigen Preis von 80 000 M. pro Kartoffeler Maisaliquotius 640 Millionen 600 Millionen Mark, und zwar in Devisen, kosten.

Was möchte die Reichsregierung im Interesse der deutschen Volkswoirtschaft zu tun, um bei allen Zellstofffabriken, wo die Vorausbedingungen gegeben sind, die Ausführung dieser Maßnahmen durchzuführen?

Der Kartoffelwucher

Trotz glänzender Kartoffelernte steigen die Kartoffelpreise von Tag zu Tag; auch ein Erfolg der von den bürgerlichen Parteien so viel gespielten freien Wirtschaft. Schon vor einigen Tagen hat das sächsische Wirtschaftsministerium von dem Reichsnährungsministerium gefordert, daß energische Maßnahmen gegen die Zusammensetzung der Kartoffeln zum Zwecke der Preistreiberei getroffen werden. Hauptsächlich finden diese Maßnahmen bei dem bürgerlichen Reichsnährungsminister nicht wieder taube Ohren. Es steht heute um unser Volk besser, wenn die in ihrer Mehrheit bürgerliche Reichsregierung schon früher die Vorschläge der sächsischen Regierung zur Sicherung der Volksernährung mehr beachtet hätte.

unserer Währung notwendigen Eingriffe in das Wirtschaftsleben. Linke Parteigenossen werden bei ihrem Kampf gegen die Not des deutschen Volles um so eher Erfolge erzielen, je mehr die Machstellung der Sozialdemokratie in den einzelnen Staaten gestiftet ist. Deshalb hängt für das ganze deutsche Volk so viel von den sächsischen Wahlen ab.

Die „Schnaps“ nach Erholungswurk“

Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingeleitete Aktion gegen die Währungskatastrophe findet, so wird uns aus Berlin geschrieben, in der bürgerlichen Presse durchaus eine Beurteilung, die mehr als irreführend ist. Man behauptet u. a., daß die Sozialdemokratie Schnaps nach einem „Erholungswurk“ den Winter hindurch hat, um im Frühjahr wieder in die Regierung einzutreten und daß sie zu diesem Zweck parteitümliche Momente in den Vordergrund schreibt, die höchstens Wirkung unmöglich machen sollen.

Gestern die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war bisher die stärkste Stütze der Regierung Wirth, und sie wird nach wie vor die stärkste Stütze bleiden, wenn sich die Regierung Wirth den Bedürfnissen des bewaffneten Volles entsprechend, wenn offen, wie es im Augenblick not tut, zu Taten aufstellt. Wir haben kein Programm mit positiven Vorschlägen zur Staatsbildung aufgestellt, um dann aus der Regierung zu verschwinden, nein, wir haben ein Programm fixiert, das durchausführen wir mit dem Realisierungskabinett Wirth bereit sind. Letzten Endes kann es aber nur zweierlei geben: Entweder

scheitert die gesamte Regierung, zu positiven Maßnahmen und sie debütiert sich dabei der Vorschläge, die die Sozialdemokratie als einzige Partei von allen deutschen Parteienorganisationen bisher gemacht hat, oder aber sie unterlädt nichts, wie es die bürgerlichen Parteien sehr wünschen, und dann muß man sich damit absindeln, daß Überüberwagen in dem zu einem Unfall aufgezerrt sei.

Bürgerliche Jugend

Aus dem Reiche eines volksparteilichen Kultus-ministers

Das preußische Kultusministerium ist in den Händen des Volksparteisters Dr. Voelkly. Auf Preußischen höhern Schulen haben lange Massen die Ermordung Rathenaus erörtert, ehe noch die furchtbare Tat geschehen war. Gegen diese Verwirrung auf höheren Schulen, wie sie vor dem Staatsgericht in Leipzig im Falle des Schülers Stubenrauch auch festgestellt wurde, wandte sich eine große Anfrage, die die Sozialdemokraten im Preußischen Landtag eingereicht hatten und die gestern behandelt wurde. Der Vertrag darüber:

Genoss Dr. Wegscheider bejont, der Fall Stubenrauch sei nur ein Teilfall einer üblen Ercheinung unseres höheren Schulen, an denen die Reaktion sich seit im Sattel führt. Auf dem Lyzeum Wilhelm Berg seien seit 1922 schwartzweisse Bänder für Schülermälen eingeführt worden, Kinder mit schwartzgezöbelten Banden würden als „Vaterlandswalter“ beschimpft. Auf dem Gymnasium in Stargard sei ein Preimann entfernt worden, weil er sich zum Kommunismus bekannte. Der Primaire Stubenrauch aber, der der Beteiligung am Morden verdächtig war, habe nach seiner Rückkehr aus der Untersuchungshaft richtig die Prima weiter besuchen können. Die Politisierung der Jugend werde von außen her geführt, gefordert, vor allem durch die verschiedenen nationalen Verbände und Verbände. Minister Voelkly tritt nicht mit dem möglichen Bedrohr für den republikanischen Gedanken ein. Die Schülervorstellungen müßten aber endlich Merkmale über die wirkliche Stellung des Ministers haben. Herr Voelkly, zeigen Sie enlich den energetischen Willen, der politischen Freiheit an den Schulen ein Ende zu machen.

Noch der deutungsteile Dr. Voelkly sagt: Seit den Pragungen am Staatsgericht — so erkläre er — hat Stubenrauch die Schule nicht mehr besucht. Von der Anstalt zu trennen, solange er sich in Untersuchungshaft befand, lag kein Anschluß vor. Ein Schüler, der Wochentage saß oder auch nur aufhielt, kann selbstverständlich nicht länger auf der Schule bleiben, auch wenn er strafrechtlich nicht zu fügen ist. Ebenso deutlich muß aber festgestellt werden, daß der bloße Verdacht einer solchen Handlung noch keine ausreichende Unterlage zur Verweisung von der Anstalt ist.

Anderseits sind in der Behandlung dieser Angelegenheit zweitens vom Direktor und vom Präfekturialkonsilium Fehler gemacht worden.

Gegen beide Stellen wird mit allem Nachdruck disziplinarisch eingetragen werden. — Der Minister beschäftigte sich dann mit den Erklärungen des Präfekturialkonsils Fechenbach, der sich im Reichstag sofort gegen die moralische Verabschiebung höherer Schüler wandte. Voelkly bejont, daß das Schüler-Vereinsevent

1920 hätten sich die Schülervereine weit über die Grenzen des Schulseins erstreckt. Es sei ein unerträglicher Zustand, wenn z. B. an einer schäfischen Schule, 67 verschiedene Schüler- und Jugendvereine bestehen. Zum Schluss belauscht der Minister, daß es heute weniger auf dem Kampf um die Staatsform als auf dem Kampf um die Erhaltung des Staates selbst ankäme.

In der Debatte konnten unsre Freunde mit Recht davor warnen, daß Politik schwer fehl im Palast Stuhmanns zu gehen mache.

Die Kästner, die unsre Schule führt und vertreibt, liegt in den nationalen Jugendverbänden.

Wenn der Minister unter Verufung auf Ausführungen von Steffensmann nochmals seine Stellung zum Staat und zur Republik präzisiert habe, so müsse doch von ihm verlangt werden, daß auch die Konsequenzen aus seinem Wort, man müsse den Staat erhalten, so wie er vor und steht, habe eine Verpflichtung, und in dieser Verpflichtung wobei verlangt, daß vor allem der republikanische Gedanke und der Gedanke der Völkerfreundschaft gepflegt und gefördert werde.

So also sieht es im Amtsbereiche eines volksparteilichen Kultusministers aus! Was sagen dazu die sächsischen Volksparteileiter? Sie behaupten, die „Jugend verwildert“, weil die Schule von uns „entchristlicht“ werde. Aber ihr Kultusminister in Preußen wußte davon nichts zu sagen. Er müßte zugeben, daß eine verwilderte Jugend auf höheren Schulen sitzt, die nicht entchristlicht sind, und deren Jungs aus christlich-germanischen Elternhäusern stammen.

Gegen die bayerische Justizschande

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingehabt:

„Am 20. Oktober d. J. sind vom Volksgericht in München drei Zeitungsberichterstatter zu insgesamt 33 Jahren Strafhaft wegen angeblichen Landesverrats verurteilt worden, darunter der Journalist Arno Reichenbach zu elf Jahren Strafhaft.

Ist der Reichsregierung bekannt, daß das Verbrechen des Landesverrats vom Gericht darin erkannt wurde, daß diese Richterstaatler Mittelungen über Geheimverhandlungen gemacht haben, die zwar in Bayern bestehen, aber nach den Reichsgesetzen verboten sind?

Sollte die Reichsregierung diese Rechtsprechung für mit den bestehenden Gesetzen vereinbar?

Wie gedenkt die Regierung gegenüber dem durch die Volksgerichte geschaffenen Befehl der Nachlässigkeit und falsche Rechtsanwältin wieder herauszufinden?

Was gedenkt die Reichsregierung für die Opfer der Volksgerichtshofjustiz zu tun?

Wie gründet die Reichsregierung den anhausepolitischen Folgen bis durch die bayerischen Volksgerichte geschaffenen Zustandes zu begegnen?“

Finanzkonferenz in Berlin

Die Verlegung des Reichstags und der innerpolitischen Krise ist darauf zurückzuführen, daß die Regierung inoffiziell von der Seite der Reparationskommission nach Berlin verständigt wurde. Wie schon so oft in den letzten Jahren hat auch dieses Mal unsere Partei mit Rücksicht auf die äußere Politik, von der ja Leben und Sterben unseres Volkes in erster Linie abhängt, das innerpolitisch und parteilich für notwendig erachtete zu handeln. Es wäre vollindividuell, wenn auch die bürgerlichen Parteien allmählich die Notwendigkeit erkennen würden, die Fragen der inneren Politik und vor allem der Parteipolitik, hinter die der Augenpolitis zurück zu stellen. Auf die Tauer ist es einfach unerträglich, daß einzige und allein unsre Partei diese Rücksicht überlasse. Es ist hohe Zeit, daß die bürgerlichen Parteien, die ja immer den Mund so voll nehmen von den Interessen des Volkes und von der Volksgemeinschaft, die sie angeblich allein in Erbacht haben, daß endlich auch die bürgerlichen Parteien anfangen, alle Fragen unter dem Gesichtspunkt der außenpolitischen Interessen unseres Volkes zu betrachten. Wenn wir auch von den Rechtsparteien kaum erwarten, daß sie mit ihrer bisherigen Praxis brechen werden, die unablässigt ist von jeder Rücksicht und von jeder Verantwortung gegenüber den Lebensinteressen des deutschen Volkes. Haben sie doch dem deutschen Volk einen Anhänger nach dem andern zwischen die Hände geworfen. Sei es durch ihre leichtfertigen Reden und Schriften, sei es durch ihre gewissenlosen Taten, mit denen sie uns im Auslande unberechenbaren Schaden gezeigt haben, sei es, daß sie uns die Führer meucheln, die

Leben * Wissen * Kunst

Das Dresdner Völkerkundemuseum

Im Hörsaal des Albertinums sprach am Sonntag der Leiter unseres Museums für Tier- und Völkerkunde, Professor Dr. Rausser, über die Geschichte und Bedeutung unserer Völkerkundesammlungen. Die Sammlungen, so führte er aus, nehmen ihren Anfang schon im Mittelalter. Die Hanseaten fanden mit Funden von der afrikanischen Küste, vom nördlichen Russland und neuendeten Amerika. Die Nürnberger Kaufleute brachten unter Handelsreisen aus dem Morgenlande manchen Gegenstand, der wissenschaftliches Interesse wachte. Diese Gegenstände gelangten meist in die kirchlichen Sammlungen. Auch in der Dresdner Universität nahm seinen Anfang im kurfürstlichen Schloß. Erst als im 18. und 19. Jahrhundert die Funde reichhaltiger einliefen, und die Sammlungen immer mehr wissenschaftliche Bedeutung gewannen, begann man sie selbständig auszubauen. Unsre Dresdner Sammlung ging aus dem Schloß in ein Gebäude der Schlossgasse über und siebte von hier aus zusammen mit der zoologischen Sammlung in ihre jetzigen Räume über, die auch längst wieder zu klein geworden waren. Wie die Museen anderer großer Städte hat sich auch unsres in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bedeutend vergrößert. Der Reichtum an Material wuchs noch mehr, als Deutschland in den Besitz von Kolonien kam. Zu einem Forschungsinstitut ersten Ranges hat der vorliegende Leiter, L. B. Meyer, die Sammlung ausgebaut. Vor allem richtete er sein Interesse auf den Ausbau der Südseesammlungen und später auch der afrikanischen Sammlung. Der Georgs A. B. Meyer war es, die fachlich mit seiner Sammlung zu beschäftigen. Erst der gegenwärtige Leiter der Sammlungen erkannte die Bedeutung des Museums für die allgemeine Schulung des Volkes und begann die Sammlungen entsprechend auszubauen. Aufgabe des Museums muß es sein, den Menschen im Volke zu pflegen. Ferner sollen die Museen den Menschen zu erziehen. Die Masse von Material gibt Aufschluß über die Entwicklungen der verschiedenen Völker, über die Gebräuche, denen die Menschheit auf ihrem Weg zur Höhe unterworfen ist. Aber auch rein künstlerisches Interesse können die Sammlungen erwecken, denn so manche reiche ethnische-ethnologische Völker liegen in den Schausälen gut sichtbar aus. Die Sammlungen sind systematisch geordnet und mit erklärenden Inschriften versehen. Sonderausstellungen lenken das Interesse auf bestimmte Völker. — Die Ausführungen des Professors Dr. Rausser wurden mit Beifall entgegengenommen. Sonntag den 19. November findet ein Vortrag über das Grüne Gemälde statt.

Christen



„Geh mit Gott, mein Sohn.
Das Rad muß gefüllt werden.“

bereit und fähig sind, Deutschland aus den Banden und den Fesseln des Verfaillier-Vertrages zu befreien.

Gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem die Dinge wieder einmal auf die Spur getrieben sind, ist die größte Zurückhaltung die selbstverständliche Pflicht eines jeden Deutschen.

Nach den letzten Meldungen scheint die Reichsregierung entschlossen zu sein, nunmehr — fünf Minuten vor Toreschluss — Vorlesungen gegen den weiteren Marsch zu treten. Die Beratungen überfliegen sich geradezu. Auf einer

Besprechung der Staatssekretäre der Reichsministerien folgte eine weitere unter dem Vorish des Reichskanzlers, an

der eine Reihe bevorstehender Berliner Bankfachkurse, unter ihnen der Reichsbankpräsident Havenstein und die Herren Dr. v. Stauff (Deutsche Bank) und Urbig (Dresdner

Bankgesellschaft), teilnehmen. Daneben Sitzungen des Reichstagskabinetts, Besprechungen zwischen Regierung und Parteiführern usw.

Weiter hat die Reichsregierung hervorragende ausländische Finanzfachverständige nach Berlin eingeladen zu einer Konferenz über die Frage der Wirtschaftsstabilisierung. Nach dem B. L. sind bereits Reynolds,

London, Prof. Gustav Cassel, Stockholm, und der Präsident der Niederländischen Bank, Vissering, in Berlin eingetroffen.

Diese Konferenz gewinnt durch die gleichzeitige stattfindenden Verhandlungen der Reparationskommission in Berlin erhöhte Bedeutung.

Freihandel und Frieden

In Frankfurt a. M. wurde gestern der Internationale Freihandelskongress beendet, an dem sich auch Mitglieder des englischen Cabins beteiligten. Godden, der große englische Freihandelsapostel, würde sich noch im Grade umdrücken, wenn er sehen könnte, wie schlecht die Welt seine Parole: „Freihandel und Frieden“ befolgt. Der kriegszollnerische Imperialismus war einer der kriminellen Kriegstreiber. Doch das war vor dem Kriege. Aber auch die Handelspolitik der Nachkriegszeit zeigt der Welt, wie wahr das bekannte Wort Hegels ist, wonach die Geschichte lehrt, daß sie die Menschen nichts lehrt. Alle Erfahrungen des Krieges sind umsonst gewesen. Kein Freihandel, keine gegenseitige Weisheitsbegünstigung. Im Gegenteil. Der Versailler Frieden legt Deutschland einseitig die Weisheitsbegünstigungen auf, die Siegerstaaten dagegen errichten Schutzmauern, höher und dicker als sie je waren. Amerika geht mit einem schlechten Beispiel voran. Der neue amerikanische

Ein mitteldeutsches Volkshochschulblatt

(N.) Vor einigen Wochen begann der 1. Jahrgang der Blätter der Volkshochschule Sachsen. Damit ist einem lang gehegten Bedürfnis der sächsischen Volksbildungarbeit Rechnung getragen worden. Die neue Zeitschrift erscheint gleichzeitig auch für Thüringen unter dem Namen Blätter der Volkshochschule Thüringen, und zwar dort bereits im 4. Jahrgange. Diese Arbeitsverbindung der zwei mitteldeutschen Länder geht her vor aus einer inneren Übereinstimmung, die sich trotz mancher Abweichungen im eingehen bei den führenden Persönlichkeiten der thüringischen und sächsischen Volkshochschulbewegung durch den schon seit Jahren stattfindenden Erfahrungsaustausch ergeben hat. Thüringen gehört zu denjenigen Ländern, dessen freiem Volksbildungswesen von jener zu besonderen Bedeutung gesehen wird. Dabei ist doch dort die bedeutendsten Persönlichkeiten des geistigen Lebens und ebenso die breitesten Schichten der Bevölkerung und die Jugend aller Kreise in besonderem Maße für den Volkshochschulgedanken eingesetzt. Es ist zu hoffen, daß durch die gemeinsame Arbeit Thüringen und Sachsen für beide Länder eine Reihe neuer und frödernder Anregungen ausgehen wird.

Die Blätter der Volkshochschule Sachsen sind nicht nur für Lehrer gedacht, sondern sie sollen vor allem auch die Volkshochschüler und andre interessierte Kreise immer enger mit den Zielen und Gebanften des freien Volksbildungswesens in Verbindung bringen.

Auch der Pflege des volkstümlichen Bücherschatzes darf, wenn wir nicht geistig verloren wollen, in dieser Zeit der teuren Bücherpreise immer wichtiger wird, fallen die Blätter dienen. Es ist zu hoffen, daß sie von allen Volksbildungsgesellschaften, von Gemeinden und Dörfern, die auf das freie Volksbildungswesen irgendwelchen Einfluß haben, und von zahlreichen kulturell interessierten Persönlichkeiten gelesen werden. Der Abbud von Aufsätzen der neuen Persönlichkeit in der Tagespresse ist erwünscht.

Der Bezugspreis des monatlich erscheinenden Blätters, deren Herausleitung für Thüringen Dr. Buchwald, für Sachsen Dr. Ulrich übernommen haben, ist für das nächste Vierteljahr auf 48 P. angesetzt. Bestellungen nimmt entgegen die Poststelle für freies Volksbildungswesen im Ministrarium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, Dresden-R. 6; ferner jede Buchhandlung und der Verlag F. L. Perthes, L. W. Gotha.

Dresdner Kalender

Theater am 27. Oktober. Opernhaus: Carmen (7). — Schauspielhaus: Der Liebestrank (7). — Volksbühne Nr. 1938 bis 1939. — Neustädter Schauspielhaus: Grämerkasper (7). — Residenz-Theater: Der Sängerkranz (7).

Bollettino macht die Einfuhr wichtiger deutscher Produkte nach Amerika ganz unmöglich. Dabei weiß jedes Kind, daß ohne Export nach Amerika Deutschland auch nichts von Amerika herausholen kann. Es gehört ferner bereits zum politischen Abschluß, daß Deutschland ohne Großexport keinen finanziellen Verpflichtungen nicht auskommen kann. Der Export nach Deutschland kann nur ganz allmählich sich entwickeln, der nach Amerika dagegen könnte rasch und kräftig Hilfe bringen.

Und England? Es hat seine Diktat-Dumpingpölle, die sich haushälftig gegen Deutschland richten. Italien, Frankreich, die Schweiz, Belgien, Schweden und Spanien haben diese herrliche Erfindung in verschiedenen Formen und unter verschiedenen Namen nachgeahmt. Was noch England geht, ist sein Handelsobjekt im guten Sinne des Wortes, es ist Vollstoffsware, Ausverkauf, Produkt der Rot und Nutzbarkeit.

Und Frankreich? Seine sozialpolitische Abstiegsregung gegen Deutschland ist bekannt. Frankreich jagt jetzt mercantilistischen Ideen nach. Es will seine Industrie als Basis für den französischen Imperialismus, koste es, was es will, ausbauen — also hemmungslose Schutzpolitisches. Und das genügt ihm noch nicht. Es besteht sich auch noch bei den handelspolitischen Verbündungen Deutschlands mit neutralen Ländern Schutzgleiche zu machen.

Wenn während des Krieges Militärs und Defonnen für einen Wirtschaftskrieg noch dem Krieg rütteln, so konnte man ihnen diesen Unfug damals verzeihen. Kriegshypnoten. Aber heute? Nach all den Erfahrungen? Vielleicht gelingt es dem Frankfurter Freihandelskongress, der Förderung Deutschlands in Europa, handelspolitisch die Weisheitsbegünstigung wiederherzustellen, Nachdruck zu verleihen. Seit wäre es, denn wir sind bereits unten auf dem Weg zur Katastrophe.

Neue Hungersnot in Sovjetrußland

Moskau, 24. Oktober. Die amtlichen Moskauer Jawohlja stellen fest, daß eine ganze Reihe von Gebieten der Sowjetüberquerung aufs neue der schweren Hungersnot verfallen sei. In der Ukraine betrug bereits Anfang Oktober allein in den Gouvernementen Donets, Tschetinskow und Saporischje die Zahl der Hungerten über 550 000. Aus den Gouvernementen Kurskaja, wo 12 Prozent der Bauernfamilien hungern, werden bereits Fälle von Hungersterben gemeldet, und auch im Gouvernement Odessa ist die Lage außerordentlich. In der Deutschen Wolga-Kommune hungern mindestens 30 000 Personen und aus zahlreichen Ortschaften der Tataren-Republik (Gouvernement Kasan) gehen Meldungen über eine völlige Hungersnot infolge von Dürre und verschärfter Kostfaktur ein.

Das Moskauer Blatt führt aus, daß die Lage sich mit jedem Monat verschärfe und die Zahl der Hungerten zum Rücken Jahr auf das Mehrfache steigen werde. Demgegenüber habe aber die Fürsorge für die Hungerten stark abgenommen. Die Sammlungen seien eingestellt, die Hungersnotkommission habe sich nach ihrer Umgestaltung neuen Aufgaben zugewandt und die Auslandshilfe werde eingeschränkt. Auch die diesjährigen Ernten seien gut entwickelt worden, sind durch das massenhafte Auftreten von Getreideschädlingen in destruktiver Weise gefährdet.

Das Kabinett Bonar Law

Die Bekanntmachung der englischen Regierung hat noch einige Änderungen erfahren. Bisher wurden vom König bestätigt:

Bordenskribent des Konsrates: Marquis von Salisbury.

Vordiplomat: Lord Cave.

Schaftaner: Stanley Baldwin.

Juniores: W. Bridgeman.

Neukreis: Lord Curzon.

Kolonien: Herzog von Devonshire.

Indien: Lord Peel.

Krieg: Lord French.

Post: Oberst Ulster.

Handel: Sir Philip Lloyd Greame.

Unterricht: G. Wood.

Gesundheit: Sir A. G. Beale.

Ackerbau: Sir Robert Sanders.

Schottland: Lord Rose.

Justiz: Mr. Douglas Haig.

Lord-Admiral: Mr. W. Watson.

Einige Namen sind noch zu bestimmen. Auch die Unterstaatssekretäre sind noch nicht benannt worden.

Ein deutsches Requiem. Der Sinfoniechor führt unter Karl Bembarts Leitung Freitag den 27. Oktober, 11 Uhr, in der Dreifaltigkeitskirche Ein deutsches Requiem von Johannes Brahms auf.

Solisten: Kammersängerin Biebel von Schuch, Kammerjäger Friedrich Blaschke; Chor: Mitglieder der Staatssopapse. Kosten bei F. Ries, Seestraße 21.

Gerhart Hauptmann hat in Wien und Brüssel aus seinen Werken vorgelesen; in Brüssel namentlich aus bisher noch unveröffentlichten Werken, u. a. ein Gedicht zu Schillers Geburtstag, einige Szenen aus dem Drama von Till Eulenspiegel und ein Bruchstück aus dem dramatischen Gedicht Der Dom und zum Schlus eine Ballade Die Laube. Hauptmann wird auch in einigen deutschböhmischen Provinzstädten lesen.

Mitteilungen der Konzertdirektion Ries. Freitag (7%) im Künsterhaus ehemaliger Riedersaal von Alice Beroulli-Wilhelms. — Sonnabend (7%) in der Loge, Ostra-Allee 15. Lieder- und Klavierabend von Marianne Wörner und Karl Richter aus Stockholm. Am Abend: Johannes Strauß.

Widmung spricht diesen Sonnabend (7%) bei Emil Richter, Prager Straße 18; vom Sohn des Einfelders Sofima aus Die Grübe Karawalla von Dostojewski.

Volkshochschule. Sonntag den 29. Oktober. Studienrat Johannes Ruhner: Erdkundliche Wanderungen und Schrammsteinkredite. Freitag, 6.45 Uhr: Hauptbahnhof, Eintritt zur Geschäftsstelle des Vertriebsvereins. Sonnabendkarte Schramm. — Aus besonderen Gründen beginnt die Vorlesungsreihe von Studienrat Paul Weiß (Grundlagen der Volkswirtschaftslehre 1. Teil) erst Montag den 5. November, 6 Uhr, in der Kreuzgasse, nicht wie angekündigt am 30. Oktober.

Aufführungen durch die Gemäldegalerie zum Werk des Künstlers für die Stadt Dresden. Rüdigers Sonntag, vormittags von 9 bis 10 Uhr, finden wieder zwei Aufführungen in der Gemäldegalerie statt. Die Kunstschilderinnen Rüdigers Höhe wird die deutschen Meister des 19. Jahrhunderts befreien, während die Kunstschilderinnen Rüdigers Schleifer durch die spanische und französische Abteilung führen wird.

Kleine Mitteilungen

Wilhelm als Bühnenzauber. Das Sommergericht hat nach langer Beratung das Recht des Dichters zur Dramatisierung seines östlichen Veröffentlichungen erkannt und das Urteil bei Landgericht über Emil Ludwig Drama Sturm abgehoben. Die Verbreitung des Buches sowie die Aufführung mit Drama, das den Streit zwischen Kaiser Wilhelm II. und Biene Bi am seine Enthaltung behandelt, wurde gestattet.

Politische Heuchelei

Wollt die sächsische Regierung einige Sozialdemokraten auf wichtige Beamtenstellen gesetzt hat, wie von den bürgerlichen Parteien "Vetternwirtschaft" vorgeworfen. Wie es früher im alten Obrigkeitstaate zuging, zeigt folgender Bericht über eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums, die wir unserm Jenaer Bruderblatt, dem Volk, entnehmen:

Am 31. Dezember 1914 fand eine Sitzung des damaligen preußischen Staatsministeriums statt, die sich u. a. auch mit der weitbewegenden Frage zu beschäftigen hatte, ob ein Kommunalbeamter, dessen sozialdemokratische Partei zugehörigkeit festgestellt worden war, ferner im Dienste verbleiben könne oder nicht! In dieser preußischen Kabinetsitzung erklärte der damalige preußische Innensenator dem Sinne nach, man könne leider nicht umhin, in dem vorliegenden Falle des sozialdemokratischen Kommunalbeamten einmal ein Auge zugublücken, da ja die Sozialdemokratische Partei augenscheinlich mit die Kriegskredite bewilligte und Hunderttausende von Sozialdemokraten in der Front ständen. Selbstverständlich solle nicht ein Vorsatzfall für die Zukunft geschaffen werden. Wenn erst der Krieg möglich vorüber wäre, würden auch derartige Rücksicht-

nahmen auf parlamentarische Verhältnisse und parteipolitische Konstellationen wieder weglassen! Man werde dann selbstverständlich nicht mehr nötig haben, sozialdemokratische Beamte zu dulden. Gegen diese Aussage des preußischen Ministers des Innern wehrte sich der damalige preußische Kriegsminister in sehr heftiger Weise. Er meinte, man dürfe den Sozialdemokraten ein derartiges Zugeständnis, wie die Auladung eines sozialdemokratischen Kommunalbeamten, auf keinen Fall machen. Wenn man der Sozialdemokratie im vorliegenden Falle nachgebe, dann würde namentlich bei längerer Kriegsdauer leicht der Fall eintreten, daß man Sozialdemokraten auch als Unteroffiziere, ja sogar als Offiziere, werde dulden müssen! Das sei aber ganz unmöglich und ganz unausdenkbar."

So also war es früher. Ein Sozialdemokrat durfte nicht einmal Nachtwächter werden. Heute unter der sozialistischen Regierung können ausgesprochene Monarchisten Beamte bleiben, ohne daß ihnen ein Haar gekrümmert wird. Nur eine Anzahl politisch wichtiger Posten sind durch Sozialisten und Demokraten besetzt worden. Und da kommen dieselben Parteien, die die Praxis des alten Obrigkeitstaates nicht nur geduldet, sondern auch gebilligt haben, und überhaupt die sozialistische Regierung wegen ihrer Beamtenpolitik mit Vorwürfen. Ist das nicht eine elende Agitationssache durchschaut haben.

Eine deutschbölkische Perle

Leipzig, 25. Oktober. Vor dem Staatsgerichtshof stand heute der Landwirtschaftslese Rudolf Pieper aus Kreiswall, der beschuldigt wird, nach dem Rathenau-Morde einen Auftrag gegeben zu haben, die Wörder Rathenau abzureißen und an seine Stelle ein Stotzgeld folgenden Wortlauts gesetzt zu haben:

Wiedergekenn ist Walter Rathenau.

Der gutverdiente Judenau.

Und auch den Dr. Welt,

Dann auf den Schädel, daß es läuft.

Nieder mit der Republik. Gezeichnet H. G. O. C.

Auf die Frage des Vorsitzenden erwiderte der Angeklagte, daß das bedeutet: Kriegsgesellschaft Ober-Constitution. Mit Recht habe der Reichsgerichtshof berichtet, daß man den Prozeß Biele vor den Staatsgerichtshof gebracht habe, weil einmal gezeigt werden mußte, daß mit der Verfolgung solcher Sachen Ernst gemacht wird. Das kommt der Offenheitlichkeit in ganz anderer Weise durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs als durch das eines lokalen Gerichts zum Bewußtsein, daß über einen gewissen Umkreis kaum hinausdringt. Der Wirtschaftslese Pieper ist ein verachteter, dummer, leichtfertiger Junge. Portoklassendeutscht und nationaler Held, ein Produkt völkischer Erziehung, die er in der Arbeitsgemeinschaft Rohbeck und auf den Hörfächern genossen hat. Er schämt sich nicht zu behaupten, daß er die rohe Beschimpfung eines Toiles und die Aufforderung zum Koch als einen Scherz aufgeführt hat.

Der Staatsgerichtshof sollte nach einholstündiger Beratung folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Abreihen des öffentlichen Haßprediktes gegen die Wörder Rathenau wegen Vergehen gegen den § 8 des Verordnung zum Schutz der Republik sowie des § 8 des Gesetzes zu einer Geschmäckstrafe von neun Monaten Gefängnis, von denen drei Monate auf die Unterforschungshaft angetragen werden, verurteilt. Aus der Urteilsbegründung ist zu erwähnen, daß der Staatsgerichtshof Willigkeit bei Begehung der Tat angenommen hat. Die außerordentliche Weitheit der Gestaltung und eine Vorstrafe des Angeklagten fielen erschwerend ins Gewicht.

Aus dem englischen Wahlkampf

Mac Kenra, der frühere Schlangenläufer des überalen Aquilus-Rathauses und jetzige Vorsteher der London-Jubilee-City-and-Middle-Bank, hat in einer Rede in der Londoner City eine loslose Unterstellung Bonar Law's bei den bevorstehenden Wahlen angefordert.

Die Arbeiterpartei hat durch ihren Vollzugsausschuß den Premierminister davon bestimmt, daß sie zwar für baldige Wahlen sei, einen Wahltermin innerhalb der Woche aber nicht für geeignet halte, den Arbeitern die Ausübung der Wahlpflicht zu ermöglichen. Der Ausschluß schlägt daher vor, die Wahl für einen Sonnabend anzuberaumen.

Chamberlain, der Führer der Koalitions-Konservativen, erklärte, seiner neuen Partei beitreten zu wollen. Bekanntlich hat Lloyd George verschiedene mit dem Gedanken gespielt, eine neue Mittelpartei zu gründen. Mit der Absage Chamberlains bürste dieser Plan erlebt sein.

Kleine politische Nachrichten

Vor einer Regierungskrise in Bayern?

München, 25. Oktober. Zur bayerischen Rätselkiste, die durch die ablehnende Haltung eines großen Teils der Bayerischen Volkspartei gegenüber der Leitungsdentschafft bestreitet die der Parteileitung nahestehende Augsburger Postzeitung vor das Gericht vom 1. November erfolgten Rücktrittserklärung des Ministerpräsidenten, gibt aber zu, daß die Lage sich sichtlich aufgelöst habe und Graf Herrenfeld sich vor folgendem Entschluss gestellt habe. Die möglichen Klärungen wird der am Freitag in München zusammengetretene Landesvorstand der Bayerischen Volkspartei bringen. Danach wird es sich zeigen, ob dieser Landtag eine Möglichkeit sieht und gern ist, sein Amt weiterzuführen.

Demonstration der Berliner Bankangestellten

Berlin, 24. Oktober. Heute nachmittag hielten die Bankangestellten im Reichspalast eine Versammlung ab, nach deren Beendigung etwa 2000 Menschen vor das Gebäude der Darmstädter Bank angemarschierten und siedeten. Als einer der Demonstranten, der mit einem Appell eine Feuerwerksbombe zerschmettert hatte, von Beamten der Polizei zur Wache geführt werden sollte, wurden diese so hart bedroht, daß sie den Revolver ziehen und gegen die Menge front machen mußten. Ein anderer Bankangestellter mußte wegen aufziehender Reden ebenfalls verhaftet werden. Schließlich konnte die Menge zerstreut werden.

Orientkonferenz in Lausanne?

Paris, 25. Oktober. Habas meldet: Nachdem Frankreich, England und Italien sich über Ort und Termin der Friedenskonferenz geeinigt haben, hat Habas die formalistische Regierung davon bestimmt, daß die Orientkonferenz am 10. November in gesunden, angebrochenen Schnapsflaschen, reichliche

fond natürlich leinerlei Gläuden. Zu fällig öfters die Besitzer der Strafkammer die Brieffaßche und entdeckt im Fuß der eine Visitenkarte, die den Namen eines Justizbeamten Dr. R. trug. Das Gericht beschloß, den Dr. R. leben zu lassen und jogleich die Verhandlung auf zwei Stunden aus. Nach dieser Zeit erfuhr der Zeuge Dr. R. und befürchtete, daß die phantastische Geschichte, die der Angeklagte vorgetragen hatte, Wort für Wort wahr sei. — Der Vorsitzende wies in erregten Worten darauf hin, daß durch derartige Handlungen sehr leicht ein Justizmord entstanden wäre. Wenn sich nämlich der Angeklagte zu jener Tat verbunden hätte, so wäre eine Anklage wegen Vergehens gegen den § 216 des Strafgesetzbuches (Tötung aus ausdrücklichen und ernstes Verlangen des Getöteten) möglich gewesen. Tatsächlich wäre jedoch bei dem vorliegenden Sachverhalt ohne weiteres eine Anklage wegen Raubmordes erfolgt, da niemand dem Angeklagten geglaubt hätte, daß sich der Sachverhalt so abgespielt habe, wie jetzt der Zeuge Dr. R. bestätigt hat. Das Gericht kam zu einer sehr milden Aussicht und verurteilte den Angeklagten, obwohl er mehrfach vorbeschraft ist, nur zu 3 Monaten Gefängnis, die durch die erlittene Unterforschung als verhübt angesehen wurden.

So seltsam die ganze Geschichte ist, am unglaublichesten scheint uns, daß erst der Zufall eingreifen mußte, um die Visitenkarte und damit die Glaubwürdigkeit des Angeklagten an den Tag zu bringen. Mit der oft gerührten Gründlichkeit der deutschen Gerichte scheint es demnach auch nicht allzu weit her zu sein. Und nun denkt man sich, der Angeklagte hätte den Titel des "elegant geflügelten Herren" nachgegeben! Er hätte sich wegen Raubmordes zu verantworten gehabt und könnte heute schon am Hauptfeind sein! Ist nicht auch dieser Fall ein lächerlicher Beweis gegen die Todesstrafe, die jede Neuübung eines Justizmordes unmöglich macht!

Aus dem Justizhaus ausgebrochen

Hamburg, 22. Oktober. Gestern nachmittag brachen aus dem biesigen Justizsaal acht Schwerverbrecher aus. Wer von ihnen entflohen, kann nicht mehr festgestellt werden. Es war den Gefangenen gelungen, die Werkstraße zu verlassen und sich in den Hafen von Dienstmannen, Wöhren und Metzgern aus dem Polizeidienstlager zu sezen. Sie überkumpelten und entwaffneten den Polizeiposten, worauf sie über die Gefangenenzimmer ins Freie gelangten. Auf die Wiedereröffnung der Entwischen ist eine hohe Belohnung ausgeschaut worden.

Der Dollar 4448,23

Berlin, 26. Oktober. (Mittelst.)

	26. 10.	26. 10.	26. 10.	26. 10.
Geld	80	80	80	80
Dänemark . . . 1 Gulden	1795,65	1744,85	1745,03	1754,98
Dänemark . . . 1 Krone	890,26	891,74	892,76	897,24
Norwegen . . . 1 Krone	1198,60	1195,50	1192,—	1195,—
Helsingfors . . . 1 fin. Mark	795,50	799,50	800,—	804,—
Schweden . . . 1 Krone	105,73	108,27	108,93	107,47
Wien (markt.)	805,48	809,52	817,05	822,06
Öster. abgedr.) 100 Kronen	5,78	5,82	—	—
Ungarn . . . 1 Krone	139,89	140,60	141,13	144,87
Budapest . . . 1 Krone	1,75	1,77	—	—
Belgien . . . 1 Franc	291,29	281,73	291,76	299,24
Spanien . . . 1 Peseta	675,89	679,29	681,29	684,71
Italien . . . 1 Lira	170,87	171,43	170,55	180,75
London . . . 1 £. Sterling	19750,00	19840,50	19850,25	19940,75
Rouen . . . 1 Dollar	4418,85	4471,15	4483,81	4488,19
Paris . . . 1 Franc	308,28	307,77	317,20	318,80
Buenos Aires . . . 1 Peso	1591,—	1529,—	—	—
Bolivianische Soles 82,75.				

rs. Berlin, 25. Oktober. (Eig. Dr. R. H. M.) Die schwierigen Verhandlungen der Regierung mit den Schwerverbrechern der Hinrichtung über die Frage und die Ausführungsbestimmungen der Todesstrafe ordnung werden natürlich hauptsächlich auf das Deutfchland. Da die Verordnung in ihrer jetzigen Form als geradezu unheimlich für unsre wirtschaftliche Lage zu betrachten, so ist nicht zu verkennen, daß Bestimmungen, die der Speculation dienen, notwendig sind. So ist sich schon darüber klar, daß eine Verbesserung der Deutschnahmefahrt von Staats wegen durchaus am Platze ist. Durch geschickte Maßregeln muß dafür gesorgt werden, daß die Ausstattung von Toten nur auf unbedingt lebensnotwendige Mittel beschränkt bleibt. Die Geschäftsführung am Deutschenmarkt will sich durch das mit Spannung erwartete Eintreffen der Speziationkommission, denn man glaubt, daß auch hier Verhandlungen über die Deutschenordnung stattfinden werden.

Wasserstände der Moldau, Icer, Eger und Elbe

Report	24.	25.	Report	24.	25.
Moldau Südwärts . . . + 18	+ 10	+ 10	Brandenburg + 71	+ 84	+ 84
Moldau Norden . . . + 67	+ 56	+ 56	Molnitza . . . + 98	+ 65	+ 65
Icer Jungbunzlau . . . - 5	- 10	- 10	Leitmeritz . . . + 89	+ 88	+ 88
Eger Raum . . . + 34	+ 24	+ 24	Tuříq . . . + 114	+ 95	+ 95
Elbe Verdubitz . . . - 28	- 40	- 40	Dresden . . . - 38	- 37	- 37

Der Heiland mit der Handgranate

Das Mannheimer Schwurgericht verhandelte am Montag gegen die Nationalsozialisten Janzen, Schumacher, Förster und Maurice, die das Sprengstoffattentat auf die Mannheimer Vorstadt am 15. September d. J. verübt hatten. Der 22 Jahre alte Angeklagte Janzen gab die Tat zu. Er habe mit dem Attentat Schaden verbreiten wollen. Er habe im Felde eine unehrenhafte Leiden ausgezogen und fürchte, jetzt zu sterben. Er sei bestohlen des Lebens überdrüssig, habe aber nicht den Mut, sich selbst das Leben zu nehmen. Er bitte deshalb ihm, den Angeklagten, ihm von hinten mit einem Schildstein den Kopf zu zerschmettern. Dieser sollte er seine gefüllte Brieffaßche und die goldene Uhr erhalten. Der Angeklagte ergab dann weiter, daß jener Unbekannte unbedingt ein Auto gekauft und dann den tödlichen Schlag erwartet habe. Ihren Angestalten sei über den Mund vergangen; er habe die Brieffaßche, die der Unbekannte neben sich gelegt hatte, ergriffen und sei damit davongelaufen. — Diese phantastische Geschichte

der nach der Bibel Schüllinge aus dem Tempel vertrieben habe! Da nach Ansicht des Angeklagten die jüdische und internationale Hochfinanz nicht durch Worte befehligt werden könne, habe er einen Schildeschoß gegen sie abgeben wollen. Der Angeklagte erklärte, keine Neue über seine Tat zu empfinden, sie sei

eine deutsche Tat.

Der Angeklagte Schumacher gab zu, für Janzen in München zwei Handgranaten besorgt zu haben, und zwar von dem angeklagten Überläufer Maurice. Der Angeklagte gehörte der Mannheimer Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Partei an und erklärte, mit dem Bombenattentat einverstanden gewesen zu sein. Der Angeklagte Förster, zweiter Schriftführer der Nationalsozialistischen Partei, gab zu, daß er Schumacher bei der Begehung einer Handgranate beihilflich gewesen ist. Der Angeklagte Maurice ist seit 1921

befolzter Angestellter der Nationalsozialistischen Partei. Er kommandiert eine Sturmabteilung dieser Partei. Er gab zu, die Handgranaten besorgt zu haben. Auf Schumachers Verlangen habe er zunächst aufmerksam geantwortet, habe ihn aber doch schließlich auf das Bureau der Partei hinstellen, wo er ihm zwei Handgranaten gab. Er komme öfter vor, daß Leute

von der Partei Pistolen, Gummiknüppel usw. verlangten. Die Handgranaten seien "Avidenzen" an die Zeit von 1918 gewesen, wo er bei den Regierungstruppen stand. Wozu die Handgranaten dienen sollten, habe er nicht gewußt. Immerhin habe er bestätigt, nach Mannheim zu fahren, damit dort keine "Avidenzen" geschüttet. Am nächsten Morgen sei bereits der Bombenattentat erfolgt gewesen.

Nun wurden die Beiges über die Tat vernommen. Kommissarinspektor Weigel berichtete über seine Erkundigungen in München. In der Wohnung Maurice habe er drei Revolver gefunden; angebrochene Schnapsflaschen, reichliche

Wäschetrockne und vergleichende zeigten, daß es Maurice gut ging. Bei der ersten Vernachung unmittelbar nach der Festnahme in München geben Förster und Maurice zu, daß sie von dem geplanten Attentat in Mannheim Kenntnis hatten, während sie jetzt es in Abrede stellen.

Nach einstündiger Beratung der Geschworenen verhängte der Obmann den Todesstrafurteil:

die Frage nach vorläufiger Anwendung von Sprengstoffen wurde verworfen,

die nach Waffenbesitz zu gewalttätigen Zwecken bzw. Wehrhilfe bestellt. Allen Angeklagten außer Maurice wurden mildende Umstände zugestanden. Der Staatsanwalt beantragte gegen Janzen 9 Monate Gefängnis, gegen Schumacher 8 Monate, gegen Förster 5 Monate, während gegen Maurice ein Jahr Justizhaus beantragt wurde.

Danach füllte das Gericht sein Urteil, das für Janzen und Schumacher dem Anträge des Staatsanwalts entsprach, gegen Förster 2 Monate Gefängnis.

Begüßlich des Angeklagten Maurice kam das

Die kirchlichen Wahlhelfer der Reaktion

Die 11. Evang.-Luth. Landesynode, die in den letzten Tagen in Dresden versammelt war, schloss gestern ihre Tagung mit einem gehärteten Beschluss gegen das Kultusministerium, das angeblich die „christlichen Gottesdienste“ und die „christlichen Schulen“ bedroht haben soll. Es heißt in der langen Erklärung:

„Die Verordnungen des Kultusministeriums stellen es in einem für das christliche Empfinden unerträglichen Maße in die Mitleidenschaft eines jeden, auf den christlichen Gottesdienst zu rufen, was er will, und auf den Gräbern Christi zu bringen nach seinem Belieben, ohne daß eine Verständigung mit dem Friedhofsinhaber, den Kirchgemeinden, vorher notwendig sein soll. Das ist ein Eingriff ins Hausrat. Wie lehnen ihn ab.“

Dasselbe Kultusministerium hat sodann wieder schärfere Vorstöße gegen die christliche Schule geführt. Es sperrt den Schülern die besonderen Feiertage ihrer Kirche und verbietet in den Schulen Gebet, Andacht, Choralgesang und Bibelwort außerhalb der zwei Religionsstunden, die oft nicht einmal eingerichtet sind. Das ist eine Verleumdung der Reichsverfassung und ihres Weisens. Das ist ein Unrecht gegen die christliche Schule, auf die wir in Sachsen ein gutes Recht haben.“

Als Sprecher des evangelischen Sachsenvoles erklärt die Synode, daß sie sich das Recht auf die christliche Schule nicht nehmen, doch sie sich überhaupt keines der verfassungsmäßigen Rechte der Kirche versperren läßt, daß sie vielmehr deren Wahrnehmung, nötigenfalls auf gerichtlichem Wege, den Kirchenbehörden besonders zur Pflicht macht...“

Ministergehälter von gestern und heute

Die stinkkonkervativen und streng deutschnationalen Dresdner Nachrichten benutzen wieder einmal die hohen Ministergehälter von heute, um dem Spieker das Grinseln vor der sozialdemokratischen Regierung beizubringen. Sie stellen den Ministern den armen Warter gegenüber, der noch nicht einmal 10.000 Mark monatliches Einkommen haben soll. Es ist freilich idäum, wenn die Gläubiger ihren Seelenbürden langsam verbürgern lassen. Aber das braucht für das sächsische Volk noch lange keine Veranlassung zu sein, auch die obersten Leiter der Landesverwaltung mit 10.000 Mark Monatseinkommen abzufischen. Früher, als die Gesinnungs-freunde der Dresdner Nachrichten das Staatssruder noch in der Hand hielten und der Landtag dank des Württembergkreises eine strenn reaktionäre Wehrheit hatte, wurde ja auch ein Minister noch lange nicht mit einem Sparer aus einer Stufe gefiebt. Ein Gegenteil, man zahle den damaligen Ministern Gehälter, hinter denen die Ministergehälter von heute, in Goldmark umgerechnet, noch ganz gewaltig zurückbleiben, so daß es sehr fraglich ist, ob deutschnationaler Minister mit diesen Gehältern aufzudenken sein würden, wenn, was natürlich nicht zu erwarten ist, die bürgerlichen Parteien den Wahlsieg davontragen und die Regierung befehlen würden. Die Dresdner Nachrichten haben außerdem noch die Vermehrung der Zahl der Ministerien von fünf auf sieben hervor, wobei sie ganz vergessen zu haben scheinen, daß infolge des verlorengegangenen Krieges so ungeheuer viel neue wirtschaftliche und soziale Aufgaben an die Regierung gekommen sind, daß ihre intensive und erfolgreiche Bearbeitung im Ministerium des Innern ganz ausgeschlossen erscheint. Die Dresdner Nachrichten verschweigen aber weiter, daß zu den Gehältern für die früheren fünf Minister noch die sehr erhebliche Zivilistie des damaligen Königs, der nicht die gerinste Gegenleistung in Form von positiver Arbeit gegenüberstand, und die Abnungen der Prinzen und Prinzessinnen kamen, die nicht von ihrem Erzeuger, sondern aus den Steuergrößen des Volkes erhalten werden mußten. Wenn die Dresdner Nachrichten auch das ihren Gläubigern verraten wollten, dann würde ihnen schließlich mancher bei der Landtagswahl am 5. November glatt durch die Taschen gehen, der durch die Heze gegen die sozialdemokratische Regierung kaum für die Reaktion gewonnen worden war.

Ein deutschnationaler Reinsfall

In Wilau bei Bautzen hatten sich die Deutschnationalen für eine Wahlversammlung einen Stadtverordneten Ludwig Klemm als Wahlredner versprochen, der aber mit seinen Ausführungen nicht nur Widerpruch bei den zahlreich erschienenen At-

Mit dieser Erklärung treten die streitbaren Kirchenkämpfer in die politische Arena des Wahlkampfes, um der ganzen Reaktion ihre getrennten Schädel einzuknallen.

Wer die bodenlose Unduldsamkeit kennen lernt hat, mit der die kirchlichen Friedhofsverwaltungen gegen Andersgläubige vorgegangen sind, wer sich daran erinnert, mit welcher Gewalt die harmlosen Kranschleifeninschriften entfernt, schlichte und einfache Grabreden der Freunde eines Verstorbenen, der nicht mehr der Kirche angehörte, verboten, Trauerfeiern der Dissidenten durch Kirchenbeamte gestört und weltliche Aufschriften auf Grabsteinen verhindert worden sind, der wird die Verordnung des Kultusministers, die diesem Unfug ein Ende gemacht und Beichenfeiern andersgläubiger oder nichtkirchlicher Kreise der Willkür der Kirche entzogen hat, in jeder Beziehung billigen. Friedhöfe sind ebensoviel wie Schulen eine kirchliche (die Kirchenstreiter sagen immer: christliche!), sondern eine außerordentlich wichtige öffentliche Angelegenheit; das macht den reaktionären Wahlhelfern im schwarzen Rock am 5. November mit aller Deutlichkeit klar gemacht werden!

beilern, sondern auch bei den Bürgerlichen erfuhr. Der Abschluß der Versammlung bildete die Annahme folgender Entschließung:

„Die Wählerversammlung von Wilau kann sich mit den Ausführungen des Tagessprechers nicht einverstanden erklären, da die bisherige Politik der Deutschen Nationalen Partei und die ungeheuren Gut- und Blutopfer ausgerichtet hat. Diese Tatsache ist durch bloße Gerüte nicht zu vernichten. Die Versammlung ist vielmehr der Auffassung, daß die Politik der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als einzige zuverlässige anzusprechen ist. Deshalb ist die Versammlung der Auffassung, daß zur Landtagswahl am 5. November nur die Kandidaten der S. P. D. gewählt werden müssen.“

Bu allem Schwergewicht der Deutschen Nationalen hatte dann noch eine Tafersammlung den Erfolg, daß über 2000 M. für den sozialdemokratischen Wahlkonds zusammen kamen.

Arbeitsminister Ristau vor den Wählern

In Hamm's Hotel in Striesen fand Mittwoch abend eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der Arbeitsminister Ristau über die politische Lage und die Wahlen sprach. Er führte aus:

Die kapitalistische Wirtschaft hat zweifellos den Fortschritt gefordert, die Kulturrufe der Menschheit erhöht, aber sie hat auch anderseits unerträgliche Verhältnisse in Wirtschaft und Politik geschaffen. Der Weltkrieg ist eins, und das entsetzlichste ihrer Resultate. Aber auch er hat noch viele Leute nichtslug gemacht; sie fühlen das heutige Glück, aber wollen nicht einschauen, woher es kommt und kommt. Das grauenvolle Sinken unserer Valuta in der letzten Zeit hat keine wirtschaftlichen Gründe; es liegt der Verdacht vor, daß es von politischen Spekulanten herbeigeführt wird, um die Unmöglichkeit der bisher von der deutschen Regierung betriebenen Erfolgspolitik zu beweisen. Der Sturz der Mark schadet den Reichen wenig oder gar nicht — sie machen größere Profite wie vorher —, wohl aber allen Arbeitenden und Gehaltsempfängern, soziale Löhne immer nur in langen Perioden der Preisrückbildung aller Produkte nachzuhinken. Ganz besonders werden auch die Mittelschichten von diesem Gang der Dinge betroffen; leider laufen sie heute noch ihren eigenen Ausbeutern und Expropriatoren nach. Auch die Landwirtschaft hat ihre Kriegsschulden von 25 Milliarden Goldmark seit Kriegsbeginn glatt abstoßen können. Heute führen wir den Bucher der Arbeiter ja ganz besonders an der Unterernährung, die im arbeitenden Volke immer schlimmer wird. Aber sie hat im Gefolge ein Sinken der Leistungsfähigkeit und endlich Zusammenbruch. Jedoch die kapitalistische Wirtschaft geht über Leichen.

Gedankenlose Menschen, meiste der Mittelschichten — kleine Geschäftleute und Kaufleute — schreien die Verschlechterung der Verhältnisse, die der ganzen Lage im Reiche und in der Weltpolitik geschuldet sind, der sächsischen Regierung zu. In den Reichsverhältnissen aber hat zu einem großen Teil die Wohlhaberchaft gewußt, die einen Reichstag mit bürgerlicher Majorität gewählt.

Die Wähler werden von den Bürgerlichen hauptsächlich dadurch getäuscht, daß man die sächsische Regierung für Dinge verant-

wortlich macht, worauf sie gar keinen Einfluß hat. Aber in den innerpolitischen Verhältnissen hat die sozialistische Regierung die Bestimmungen der neuen Reichsverfassung nach Möglichkeit eingehalten und durchgeführt gesucht. So einfach, wie viele sich das Regieren und die Umänderung des alten Regierungsapparates vorstellen, sind beide freilich nicht. Die Sauberung von reaktionären Elementen in Verwaltung, Justiz und Polizei ist zur Zeit noch sehr schwierig, wie verschiedene Prezesse gezeigt haben.

Alle bürgerlichen Parteien kämpfen politisch gegen die Reaktion und für Monarchie, herrschaftlich gegen soziale Verbesserungen und für ungemeine Ausdehnung. Besonders ist ihnen der mitteldeutsche sozialistische Block — Sachsen, Thüringen, Braunschweig — verhaft. Der Block in Sachsen soll am 5. November bestimmt werden, das gilt es zu berücksichtigen. Die Arbeiterschaft muß untereinander einig werden, denn Unigkeit und innerer Streit ist Schwäche und Ohnmacht. Gleichzeitig wird die schaffende Bevölkerung ihre Freiheit besiegen und deren Hoffnungen zu schaffen.

In der Aussprache trat der Syndikus der Unternehmer- schaft, Dr. Schneider, für höhere Arbeitszeit und Verlängerung der Arbeitszeit, besonders im Bergbau ein — freilich ohne Gegenrede zu finden. Ein Mitarbeiter erinnerte die Anwesenden, daß es sich am Wahlgang auch darum handelt, ob wir den Wiederaufbau verlieren und die Männer aufs Hunderliche gestrigert sehen wollen, was zweifellos eintritt, wenn der Kapitalismus regt. Ein mittlerer Beamter hielt eine mire Aufsicht, aus der kein Mensch fliegt wurde, und ein Kommunist war vergeblich für seine Ansichten. Genosse Ristau hatte im Schlusswort mit den Angern wirklich keine Mühe.

Sächsische Angelegenheiten

Strafantrag gegen den Kommunisten Giewert

Der kommunistische Kämpfer in Chemnitz teilt seinen Votern mit, daß die Gesamtregierung gegen seinen Redakteur, den bisherigen Landtagsabgeordneten Giewert, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt habe. Das Blatt brachte am 17. August zwei Notizen, worin mitgeteilt wurde, daß der frühere Polizeipräsident von Dresden, Dr. Grise, zum Oberverwaltungsgerichtsrat ernannt und der in letzter Zeit viel erwähnte Regierungsrat Dr. Hähnel an der Amtshauptmannschaft Borna und der bisherige Amtshauptmann von Schwarzenberg, Dr. Röhrer, als Obergouverneur an die Amtshauptmannschaft Chemnitz versetzt worden sind. In allen diesen Fällen handelt es sich um Strafverfahren. Der Kämpfer hatte zu dem Falle Grise bemerkt, Grise habe Grise die Treppe hinuntergestürzt und seine Partei schwänzte dann der Arbeiterschaft vor, das sei eine Sauberung der Verwaltung. Zu den andern beiden Fällen aber wurde gesagt, die Regierung habe dafür georgt, daß die beiden Beamten nun anderwo die unteren Beamten und die Bevölkerung führen lassen könnten, wie man zu Königswiesen antrete. Wörtlich hieß es dann: „Was man auf diese Weise der Arbeiterschaft als Sauberung der Verwaltung bietet, sind weiter nichts als beträchtliche Manöver. Mit solchen Gründen wird sich die sächsische Arbeiterschaft nicht einzulassen lassen; sie will keine Seiten, sondern Seiten.“ — Man wird es verstehen, wenn sich die sächsische Regierung derartige schwere Beleidigungen durch die sie doch nur vor dem ganzen Lande herabgewürdig werden soll, nicht zuhören lassen will. Schließlich ist doch auch ein sozialdemokratischer Minister nicht vogelrei.

Widerspenstige Zentrumsleute

Wie ein blütterliches Blatt meidet, hat die Wahl des Landtagsabgeordneten Hecklein, des einzigen Zentrumsabgeordneten im Landtag, zum Bürgermeister von Schwäbisch Gmünd einen Nachstiel gehabt. Danach forderte kurz nach der Wahl des Zentrumswahlverein zwei Mitglieder des Stadtgemeinderats auf, ihre Mandate niedergelegen, weil sie entgegen dem Fraktionszwang nicht für Hecklein gestimmt hatten. Die beiden Mitglieder folgten dieser Auflösung nicht. In einer öffentlichen Versammlung der Zentrumsabgeordneten, zu der die beiden Mitglieder nicht erschienen waren, wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sich das Vertrauen der Bürgerschaft verschärft hätten. Einträchtig sprach man dem Vorstande des Zentrumswahlvereins und der Zentrumsfraktion des Stadtgemeinderats in der Angelegenheit der Bürgermeisterwahl das Vertrauen aus.

Neben die Vermündungsankündigungen mit dem ehemaligen Königshaus wird in einem Artikel der Sächsischen Zeitung mitgeteilt, die Verhandlungen seien vom Finanzministerium in gewissem Maße fortgesetzt worden, daß dem neuen Landtag, als bald nach seinem Zusammentritt, eine Vorlage hierüber wird unterbreitet werden können.

Die Arbeitsmarktage verschlechterte sich nach dem Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung vom 15. bis 21. Oktober langsam weiter. Die Vermittlungstätigkeit war gering, ebenso verzeichnete der Eingang an offenen Stellen einen weiteren Rückgang. Entlassungen und Betriebs einschränkungen haben sich weiterhin vermehrt.

Die Arbeitsmarktage verschlechterte sich nach dem Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung vom 15. bis 21. Oktober langsam weiter. Die Vermittlungstätigkeit war gering, ebenso verzeichnete der Eingang an offenen Stellen einen weiteren Rückgang. Entlassungen und Betriebs einschränkungen haben sich weiterhin vermehrt.

Mit einer solchen Leiter ersteigt der Seemann die schroffsten Abhänge.

Seine Angel- und Fischergeräte hatte Gilliott ebenfalls im Fahrzeug verstaut, und zwar ganz gedankenlos, denn in dem Klippengebiet war an Fischzug nicht zu denken. Die Fische fürchteten die Brandung.

Als Gilliott am Felsen anlegte, fiel günstigerweise das Wasser. Die Wellen entblößten am Fuß des kleinen Dover einige flache Steinplatten, die als Träger einer Plane dienen konnten. Der Vorratekoffer aus dem Holländer stand hier vorläufig einen Platz, wenn auch nur in der Eile, denn das Wasser ließ in einigen Stunden schon wieder. Gilliott zog seine Klippengarnelen aus dem Steinwagen, der auf den Steinplatten lag, seine Schuhe und Strümpfe aus, stieg mit nackten Füßen auf einer der Platten und befestigte den Holländer an einem Gelsaden. Dann schritt er durch den idomalen Granitengang vorwärts und gelangte unter die Durande. Er hob die Augen und betrachtete sie.

Es stand nur noch die eine Hälfte des Schiffes zwischen den Felsen.

Dadurch, daß der Sturm das Schiff den Wellen entrückt, entwurzelte er es sozusagen. Der Orkanwirbel drehte es um und um, der Wasserspülung hielt es entgegenfest fest, und hin und her gezerrt durch diese beiden Kräfte zerbrach es wie eine Lotte. Das Heck der Durande mischte der Maschine und den Schaufelräder war mit der vollen Wut des Orkans aus dem rostenden Element heraus und in den Engpass geschleudert, wo es nun bis an den Segelbaum unterzuckt stießen blieb. Nur einem mohren Keulenenschlag des Sturms hatte eine solche Leistung gelingen können.

Das Borderteil des Schiffes wurde hin und her geschleudert und in Stücken und Teilen gegen die Klippen geworfen. Die ertrunkenen Deichen wichen aus dem zertrümmerten Schiffsrumpf ins Meer gestürzt.

Hin und wieder erblickte man auf entfernten Stellen der Felsen Bollen, Segelstückschen, Stücke von Ketten und sonstige Trümmer. Sie lagen da in ungefährter Ruhe.

Gilliott betrachtete die Durande forschend. Über ihm bildete der Kiel ein Dach. Am Horizont herrschte jetzt Morgen. Die Sonne lag eben in voller Herrlichkeit empor.

(Fortsetzung folgt)

Der Kampf am Dover

Roman von Victor Hugo

Seine Stimme wuchs an und wurde so majestätisch wie möglich. „Nehm Lebherz, trennen wir uns nicht, ohne eine Seite in dem heiligen Buche miteinander gelesen zu haben. Die Bibel, zufällig aufgeschlagen, gibt göttliche Erleuchtungen. Sie eignet sich vornehmlich für geschlagene Seelen. Man schöpft Rindung aus der heiligen Schrift. Bei Traurigkeit muß man das heilige Buch befragen, ohne eine bestimmtere Stelle zu wählen, und alsdann aufrichtigen Hergens die Worte lesen, die das Auge zuerst erblickt. Was der Mensch nicht wählt, wählt Gott. Gott weiß, was uns not tut. Sein unsichtbares Finger zeigt auf die unerwarteten Worte, die wir erblicken. Sei die Seite, wie sie wolle, sie erleuchtet uns unfehlbar. Unser Schicksal steht geheimnisvoll in den Wörtern geschrieben, die wie voll Vertrauen und Erfahrung aussehen.“

Der ehrwürdige Aquemini löste die Spanne der Bibel, legte die Hand einen Augenblick auf die Seite, die würdevoll gefestigt, mit lauter Stimme:

„Noch aber kam vom Brunnen des Lebendigen und Sehenden, auf dem Wege, der von Mittag führt.“

Und Nochsta hob ihre Augen auf und sprach: „Wer ist der Mann, der uns entgegenkommt?“

Da führte Nochsta sie in sein Bett und sie ward sein Weib und er gewann sie lieb.“

Ebener und Dernette sahen sich an.

Zweiter Teil: Gilliott

Ein Ort, der schwer zu erreichen und schwer wieder zu verlassen ist

Die Parke, die an verschiedenen Stunden und an mehreren Punkten der Küste von Guernsey bemerkte wurde, war, wie man schon errkannt hat, der diebstähnige Holländer. Gilliott erwähnte das Fischwasser zwischen den Felsen am Strand. Es war der gefährlichste, aber auch kürzeste Weg. Mit dem Schiffbruch geht es schnell. Das Meer hat Eile. Eine Stunde Berggering ist nicht wieder einzuholen. Er wollte der gefährdeten Maschine rasch zu Hilfe kommen.

Besonders war Gilliott bedacht gewesen, unbemerkt zu verschwinden. Seine Kreise glich einer Blüte. Er fürchtete,

Aus dem Parteileben

Parteiversammlungen

Bezirk Laubegast. Unter zahlreicher Beteiligung der Genossen, Frauen und Jugend fand im mit roten und republikanischen Fahnen sowie frischem Grün geschmückten Saalzimmer die organisatorische Vereinigungsversammlung der S.P.D. und D.S.P. statt. Begrüßungsansprachen hielten die Genossen Paul Hahn, Paul Walther und Genossin Sperling. Die neue Verwaltung besteht aus folgenden Genossen: 1. Beauftragter: Bernhard Kühne, 2. Beauftragter: Georg Striegler, Kästner: Arno Müller, 1. Schriftführer: Paul Sperling, 2. Schriftführer: Genosse Gottsch. Frauengruppenleiterin: Helene Sperling. Die Versammlung nahm Stellung zur kommenden Bandenwahl, verschiedenen Tagessitzungen und Parteiaangelegenheiten. Mit einem Appell, auch die kommenden Versammlungen ebenso zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die von beiderseitige befürchtete Versammlung 12½ Uhr nach.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei von Coschütz, Gittersee, Burg und Kleinnaundorf. Dienstag den 21. Oktober, vormittags 9 Uhr, finden im Gasthof Coschütz, in Taubmanns Restaurant im Gittersee, in Hamannsdorf gemeinsame Ortsgruppen-Mitgliederversammlungen der ehemaligen beiden Parteien statt. Da in diesen ersten gemeinsamen Versammlungen außer wichtigen Tagesordnungspunkten die Wahlarbeiten zu vertreten sind, wird um zügliches Er scheinen der Genossen und Genossinnen ersucht. — Ferner machen wir alle Parteimitglieder darauf aufmerksam, daß in den nächsten Tagen eine Reihe Wahlversammlungen im Bezirk stattfinden, zu deren zahlreichem Besuch alle aufgefordert werden.

Jungsozialisten, Dresden-Alstadt. Sonnabend, abends 7 Uhr, in der Weißen Schleife Vortrag des Genossen Dr. Ulrich über: Walter Rathenau.

Bezirksvertrauensmänner der B.C.P.D. von Dresden-Neustadt. Am 1. November fährt Versammlung fällt mit Rücksicht auf die zur Zeit zahlreich stattfindenden Betriebs- und Wählerversammlungen aus. Die Bezirksvertrauensmänner werden erzählt, für zahlreichen Besuch dieser Versammlungen an zu warten und sich vollauf zu den Wahlarbeiten in den einzelnen Gruppen einzufinden. Sie bitten ferner, in den nächsten Tagen die Rubrik Parteileben zu verfolgen und zu beachten.

4. Unterbezirk

Kreiswahlkomitee

Morgen Freitag, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Oppelstraße 12, 1. Sitzung. Die Vertreter des Bezirkswahlkomitees jährlicher Stadtbezirke müssen anweisen sein.

Dresden-N. Gruppen 1–6. Freitag 8 Uhr, in den Lokalen:

- 1. Restaurant Schöber, Meyer Str. 5.
- 2. Kneipenlokal, Kurfürststr. 87.
- 3. Görlitzer Garten, Görliger Str. 20.
- 4. Umlauts Restaurant, Klausstr. 27.
- 5. Ausländer, Holzgartenstr. 8.
- 6. Restaurant Königswald, Fichtestra. 15

Gruppenversammlungen

Er scheinen aller ist Pflicht.

Bezirk Leubenberge. Freitag, 8 Uhr, im Vergnügungsmittelpunkt. Mitgliederversammlung.

Gruppe Viecheln. Freitag, 8 Uhr, im Richters Restaurant, Wohnstraße, Gruppenversammlung.

Bezirk Böhlitz. Freitag, 8 Uhr, in der Schweizeri Gruppen-

6. Unterbezirk

Gruppe Löbtau. Alle diejenigen Genossen der U.S.P., die bis jetzt schon als Betriebsvertrauensleute der Partei gewählt haben und diejenigen, die in ihrem Betrieb die Funktion übernehmen wollen, werden ersucht, sich umgehend beim Genossen Bischoff, Poststraße 17, 1. Etage, zu melden zwecks Ausstellung der Ausweisurkunde und der Eintragung in die Liste. — Sammelliste zur Landtagswahl sind eingetragen und können beim Genossen Bischoff abgeholt werden.

Die Arbeiterschaften von Bischoff lädt Sonnabend den 28. Oktober, abends 6½ Uhr, einen Künstler Abend im Gasthof zu Bischoff stattfinden, zu dem die Parteigenossen und -genossinnen herzlich eingeladen werden. Genossen und Genossinnen, unterstellt! eure Jugend!

Jungsozialisten Bischoff, Löbtau, Görlitz. Freitag, abends 7 Uhr, im Café Wiedermann, Kesselstraße, Ecke Lange Straße, Versammlung. Künstler Abend kommen! Gäste willkommen.

Gruppe Weißtrapp. Freitag, abends 7½ Uhr, im Gasthof Weißtrapp. Mitgliederversammlung: Warum legten unsre Genossen im Gemeinderat ihre Reunter nieder?

Landtagswähler-Versammlungen

Donnerstag, den 26. Oktober:

Dresden-Alstadt. Turnhalle der 17. Volksschule, Wachbleichstraße, Ref. Kurt Wedel, 7 Uhr. — **Dresden-Neustadt.** Ballhaus, Gaunerstraße, Ref. Ministerialrat Dr. Schröder, 7½ Uhr.

Freitag den 27. Oktober:

Görlitz. Gasthof, Ref.: Karl Weiske, 7½ Uhr. — **Potschappel,** Groß-Schiff, Ref.: Maxille Burm, M. d. R., Berlin, 7½ Uhr. — **Teubn.** Sächsischer Wolf, Ref.: Arthur Bräuer, 7½ Uhr.

Arbeiter, Arbeiterschaften, Angestellte und Beamte. Es scheint zögerlich in den außerordentlich wichtigen Versammlungen und verschafft auch Ausklärung, warum der Landtag aufgelöst wurde. Folgt am 5. November die Liste der vereinigten Sozialdemokratischen Partei und wählt

am 5. November die Liste

Wirth, Weigel, Eva Büttner!

Gewerkschaftsbewegung

Wachsende Erregung unter den Bankangestellten

Werbungen aus Leipzig, Berlin und Hamburg besagen, daß das Verhalten der Bankinstitute gegenüber den Fortbewegungen der Angestellten unter den letzten großen Empörung auslöst. In

Berlin kam es zu Kundgebungen, bei denen Redner anführten, daß es schließlich wenn sich die Verhandlungen nicht ändern, nicht nur bei der Überkundenverweigerung bleiben dürfe, sondern daß überhaupt die Arbeitsverweigerung bis gegenreagieren müsse. Die Kritik sei erreicht. Die Solidaritätswertung löste fortan Monat Oktober, wo eine Preissteigerung gegenüber dem Monat September von 100 Prozent für die notwendigen Bedarfssachen zu beobachten sei, wobei man eine Zulage von 10 bis 20 Prozent anstreben. Und da selbst das Reichsministerium kein Verständnis für die Fortbewegung gezeigt, müsse man selbst die Hand ans Werk legen. Bei einer anschließenden Demonstration wurde der Zug von Schuhbeamten angehoben und Schiedsstrafe abgegeben.

In Leipzig wurde in einer vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten und vom Deutschen Bankenverein einberufene Versammlung nach einstimmig einer Entscheidung gefragt, in der Ausdruck kommt, daß die Angestellten die Ablehnung des vom Reichsministerium am 12. Oktober gefallenen Schiedsstrafen durch die Berufsgewerbe billigen. Das unlogische Verhalten der Banken gegenüber den Fortbewegungen der Angestellten amtiert die Angestelltenchaft zur Verweigerung der Arbeit.

In Dresden wird der Überkundenstreit der Bankangestellten ebenfalls durchgeführt. Der Verbund der Bankleitungen erläutert der breite Öffentlichkeit, durch die er wegen der Verweigerung der Überkunden die Verantwortung für pünktliche Ausführung aller Anträge ablehnt.

Betriebsversammlung von Anton Reiche

Die über 1200 Männer und Frauen zählende Belegschaft der Firma Anton Reiche hält Dienstag nachmittag den Saal des Westend Schlösschens vollständig. Nach Erledigung einiger Betriebsangelegenheiten, u. a. Kurzfallversorgung und drohende verfügte Arbeitszeit, stellt Betriebsabordnete Genossin Eva Büttner ihr Referat vor. Dem Versuch von kommunistischer Seite, durch lange Debattierreden vorher die am Abend noch in einer anderen Versammlung angekündigte Rednerin nicht rechtzeitig zu Worte kommen zu lassen. Auch der von den Kommunisten mitgebrachte Referent, Lehrer Schrapel, durfte auf Aufforderung des Verbands nur als Debattierredner sprechen, und wurde im Schlusswort noch gebührend widerlegt. Der Geist in der Versammlung war nach dem starken Ersatz zu höflichen, hoffnungsvollen und kämpferisch für die bevorstehende Wahlzeit.

Ablehnung neuer Tarifvertragsverhandlungen durch das Reichsfinanzministerium

Im Reichsfinanzministerium sprach am Mittwoch vormittags eine Delegation der Spartenorganisationen der Beamten vor, um die Ablehnung neuer Tarifvertragsverhandlungen zu beantragen. Der Vertreter des Reichsfinanzministers lehnte es ab, einen Verhandlungstermin festzusetzen und begründete diesen Stand unter Berufung auf die demokratische Staatsform damit, daß das Ministerium nicht über die vom Reichstag für den Oktober festgesetzten Tagen hinwegscheinen könne. Die Vertreter der Spartenorganisationen werden ihren Vorständen Bericht erstatten und wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen über die zu erregenden Maßnahmen Beschlüsse fassen. Sie sind der Meinung, daß man mit dem einfachen Hinweis auf die Demokratie in der Zeit unablässige Fortsetzung der Geldentwertung die Fortsetzung der Beamtenhaft nach neuen Verhandlungen nicht ablehnen kann.

Die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne

Im Reichsbauministerium wurden am Mittwoch die Verhandlungen über die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne fortgesetzt, nachdem sich am Dienstag eine gemischte Kommission mit der Frage beschäftigt hatte. Die Verhandlungen haben den ganzen Tag in Anfang genommen und waren in später Abendstunde noch nicht zum Abschluß gelangt.

Niedersächsisches Landesamt für Betriebsaufsicht. Der Schiedsentscheid des Schiedsgerichts im Regierungsbüro der Kreishauptmannschaft, Sprechzimmer III, vom 6. Oktober 1922 in der Reichsverweserschaft, Centralverband der Angestellten, Fachgruppe der Niedersächsischen Angestellten, Verband der Niedersächsischen und Notariatsangestellten gegen den Dresdner Anwaltsverein ist vom Denkmalschutzkommissar der Kreishauptmannschaft Dresden unter dem 28. Oktober 1922 für verbindlich erklärt worden.

5. Klasse 181. Landesslotterie

18.ziehungstag am 24. Oktober. — (Ohne Gewähr)

20000 M. auf Nr. 9787.
30000 M. auf Nr. 2891 4900.
20000 M. auf Nr. 13859.
10000 M. auf Nr. 78811 100444.

5000 M. auf Nr. 2828 5268 50258 48818 68230 68919 75459

8000 M. auf Nr. 2808 8728 11715 16883 17487 707 22308

408 28674 20483 30298 31880 35280 86783 87843 88169 89887

55448 59098 61888 64891 66819 68985 70842 72052 77168 78059

92280 98173 98481 109058 277 487 111971 115481 118684.

2000 M. auf Nr. 97 1106 1695 1701 2061 3278 4787 6685

9881 10401 978 11708 16262 16451 672 16022 17071 18035

755 21984 23901 25021 26496 30316 31782 85109 88550 89106

559 40249 574 607 41184 941 42283 40368 44706 45142 48795

49289 705 53085 54057 812 58108 600 984 83605 60186 82124 408

68388 712 72124 75497 78047 284 81893 82290 886 88200 88923

44804 95229 97848 99298 101017 107182 141 278 397 109180

111108 118148 114096 117510 118157 120892 121816 124019 125070

620 1278842 628 129914.

1200 M. auf Nr. 848 1376 689 2920 4000 5140 614 7102

219 8838 230 10921 11081 12857 920 18868 710 14844 15392 16239

17987 18000 21574 22335 550 24248 319 685 800 25881 26082 737

27875 628 977 25284 722 650 29700 80284 574 81587 964 88097

111 808 358 32355 426 474 84860 55220 256 804 98547 775 891

87049 88000 244 254 5/4 88668 807 40067 181 41808 884 908

44214 856 45411 847 47737 48804 50112 800 51581 928 980 52806

53135 388 458 51509 55245 890 487 603 627 66211 837 87416

60663 60687 61948 62284 444 794 88191 66691 66814 67820 69467

70188 586 541 772 797 72008 009 798 898 73207 501 74797 75380

78012 77888 889 614 79564 977 80569 81891 84202 523 906 86296

644 87298 88108 182 981 90843 92126 521 723 88120 94080 614

666 987 95173 759 98832 658 957 97288 98204 564 784 100014

258 585 439 804 101715 102887 103892 108390 107210 568 840

108792 908 100488 111645 118917 114618 770 858 115642 117821

116870 118170 194 120623 758 121109 122803 804 017 123382 481

992 124255 285 122004 558 126161 231 127402 128177 493 505

19. Siebungstag am 25. Oktober. — (Ohne Gewähr)

20000 M. auf Nr. 45000.

10000 M. auf Nr. 97223.

10000 M. auf Nr. 22794 30861 84779 120312 127351 129206.

5000 M. auf Nr. 10000 96632.

20000 M. auf Nr. 1045 1500 6400 9618 10630 12544 18002.

200

